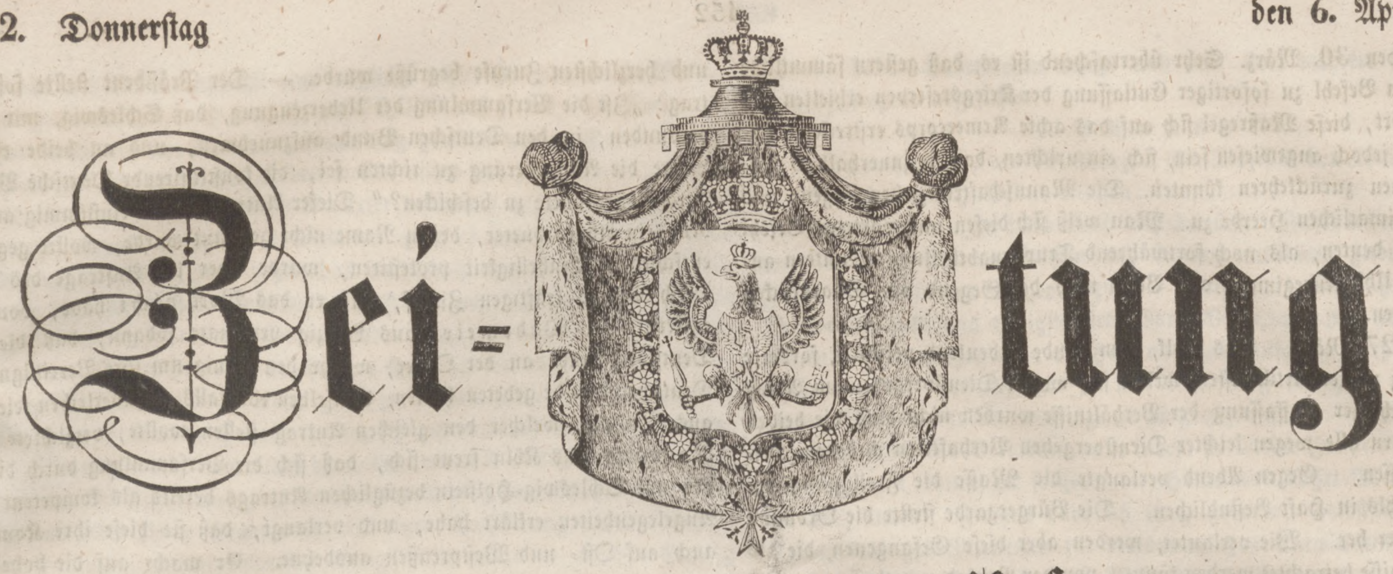
№ 82. Donnerstag den 6. April 1848.



Zei-tung des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Berlin, den 4. April. Se. Durchlaucht der Fürst zu Salm-Salm, ist von Anhalt, Se. Durchlaucht der Fürst August von Sulkowski, von Lissa, Se. Durchlaucht der Prinz Rudolf von Croy-Dülmen, von Köln, und der Vice-Oberjägermeister Graf von der Asseburg-Falkenstein, von Meisdorf hier angekommen.

Es ist anders und Alles neu geworden! Auf Frankfurt, wohin wir bisher nur mit Mißtrauen zu blicken gewohnt waren, wenn es sich um Deutsche Angelegenheiten handelte, richtet sich jetzt die gespannte Erwartung von ganz Deutschland. Am 31. März ist dort die Versammlung eröffnet worden, welche über die Errichtung nicht nur des Deutschen Parlaments, sondern des ganzen neuen Bundes berathen soll, welcher, so Gott will, fortan alle Völker und Fürsten Deutscher Nation unauflöslich verknüpfen wird. Männer aus allen Gegenden Deutschlands, viele bewährt in parlamentarischen Kämpfen und geschmückt mit dem Vertrauen des Volks, alle voll Begeisterung für die neue Zukunft des Vaterlandes sind dahin geeilt. Möge ihrer Beharrlichkeit, Tapferkeit und Besonnenheit das schwere und so wichtige Werk gelingen! Ueberaus wichtig ist das begonnene Werk; denn Deutschland will die Einheit und Eintracht seiner Völker und der Völker mit den Fürsten, durch diese Einigkeit aber stark und mächtig dastehen gegen das Ausland, damit fernerhin kein Fremdling die freche Faust nach Gebieten Deutscher Zunge ausstrecke und der Deutsche unter den Nationen der Welt den seiner Tüchtigkeit und Bildung gebührenden Platz einnehme. Durch diese Einigkeit will es nach Innen die Freiheit und den Wohlstand seiner Bürger begründen und sichern, daß es Niemand mehr wage, den Gedanken und das Wort zu knechten, über den Glauben zu Gericht zu sitzen, Recht und Gerechtigkeit zu verweigern, daß die Gesetze für Jedermann, auch für den Höchsten unantastbar seyen, daß kein Stand sich als der bevorzugte über die andern erhebe, sondern daß alle Bürger auf gleiche Weise die Lasten des Staats tragen und die Früchte einer geordneten Staats-Verwaltung genießen; daß endlich die Schranken fallen, welche bisher im Vaterlande selbst den Handel und Verkehr vielfach hemmten. Das Alles will Deutschland einmüthig wie nie. Wie es erreicht wird, muß von der Gestaltung des neuen Bundes abhängen, welchen die Frankfurter Versammlung berathet. Schwierig aber ist die Aufgabe derselben, weniger vielleicht dadurch, daß die Fürsten veranlaßt werden, einen Theil ihrer Souverainetät dem Wohle des Ganzen zu opfern — haben ja die meisten sich bereit dazu erklärt —, sondern weil den republikanischen Gelüsten standhaft entgegen getreten werden muß, welche sich in einigen Theilen Deutschlands erheben und schon Anstalt gemacht haben, auf die Versammlung einzuwirken. Mit Sicherheit kann man behaupten, daß nur ein sehr kleiner und gewiß nicht der bessere Theil des Volks die Republik will. Alle Besonnenen beharren auf einer durch freie Constitutionen beschränkten monarchischen Regierungsform, in der sie die alleinige Bürgschaft wahrer Freiheit und den Schutz vor unsäglicher Zerrüttung erkennen. Hoffen wir daher zuversichtlich, daß die Frankfurter Versammlung jenen Gelüsten standhaft entgegen trete.

Berlin, den 4. April. Es wird versichert, daß gestern eine Erklärung des Britischen Cabinets eingegangen sei, wonach das Ueberschreiten der Eider durch Deutsche Bundestruppen Seitens Großbritaniens für eine Kriegserklärung angesehen werden werde.

Gestern hat eines unserer ältesten und geachtetsten Bankierhäuser ersten Ranges seine Zahlungen eingestellt, anderer sehr bedeutender Bankerutte in allen Geschäftszweigen nicht zu gedenken.

(Constitutioneller Club.) Dritte Sitzung. Sonntag, den 2. April. Nachdem der Sprecher, Crelinger, über die Verwendung der eingegangenen freiwilligen Geldbeiträge (40 Rthlr.) Rechnung abgelegt hatte, beschloß die Versammlung, daß Anträge, welche auf die Tagesordnung zu setzen seien, bis kurz vor Eröffnung der Sitzung angemeldet werden dürfen. Diesmal ging man von der vorher festgestellten Tagesordnung ab, um, auf den Wunsch mehrerer Mitglieder der Deutschen und Polnischen Deputationen aus dem Großherzogthum Posen, die Polnische Frage zur Besprechung zu bringen. Herr Bernhard nahm in allgemeinen Ausdrücken die Theilnahme der Deutschen für ihre im Großherzogthum angemessenen Brüder in Anspruch. Herr v. Dazur sprach in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede zuerst seine warmen Sympathieen für die nationale Selbstständigkeit der Polen aus. Doch müsse Deutschland sich vor allen Dingen seiner eigenen Söhne annehmen. Er stellt deßhalb zwei Anträge: 1) Man möge durch eine Proclamation das Polnische National-Comité in Posen auffordern, die Rechte der Deutschen Bewohner jener Provinz auf das Kräftigste zu schützen. 2) Eine Adresse an das Staatsministerium möge dasselbe zu energischen Maßregeln auffordern, um zugleich die Reorganisation Polens anzubahnen und die Rechte der Deutschen Bevölkerung zu wahren. Hr. Jordan wies nach, daß Polen schon moralisch vernichtet war, ehe es politisch unterging. Deshalb hätten auch alle bisherigen Auferstehungsversuche keinen Erfolg gehabt. Deutschland möge sich hüten, durch Freigebung seiner Poln. Besitzungen dem Panslavismus in die Hände zu arbeiten. Er schlage deshalb eine Adresse an die Regierung vor mit der Bitte, keinen Fuß breit Landes abzutreten, bis das Königreich Polen sich selbstständig reorganisirt habe (Beifall). Hr. Remak behauptete, daß die Polnischen Patrioten, wie aus dem Verhalten des Polnischen National-Comité's ersichtlich sei, die Unabhängigkeit ihrer Deutschen Brüder keinesweges zu unterdrücken beabsichtigten. Man möge ihnen das Vertrauen schenken, daß sie selbst, aus Achtung und Dankbarkeit für ihre Befreier, die Rechte der Deutschen Bevölkerung kräftig schützen würden. Deshalb könne eine Adresse nur schaden, weil sie die Parteien, die schon zu friedlicher Versöhnung geneigt sind, von Neuem erbittern würde. Hr. Hepke schilderte als Augenzeuge die Vorgänge im Großherzogthum, und ist für den ersten Antrag des Hrn. v. Dazur. Nachdem Hr. Mollard erklärt, daß die Regierung, in der Person des Generals v. Willisen, einen Bevollmächtigten nach Posen zu senden beschlossen, der das Vertrauen beider Parteien genieße, um die Reorganisation Polens unter Preußischen Auspicien zu bewirken, modifizirt Herr v. Dazur seinen Antrag dahin, daß die Versammlung eine Adresse an die Polnische Nation erlasse, um ihr die Interessen der Deutschen Bevölkerung dringend an's Herz zu legen. Dieser Antrag, zahlreich unterstützt, soll in der nächsten Sitzung (Montag Nachmittag 6 Uhr) zur Berathung kommen.

Wie der Prinz von Preußen, so hat auch Prinz Karl in diesen Tagen nicht bloß Berlin, sondern, wie es scheint, auch den Preußischen Staat verlassen. Prinz Karl hat, wie glaubwürdige Zeugen berichten, bei seiner erst vor Kurzem erfolgten Abreise seine gesammte Dienerschaft versammelt und von derselben auf die rührendste Weise Abschied genommen, indem er derselben sagte: „Wir sehen uns niemals wieder!“

Potsdam, den 3. April. Die beiden Regimenter Kaiser Franz und Alexander haben Befehl erhalten, nach Schleswig zu marschiren.

Königsberg, den 29. März. Gestern kamen Deputirte der Bürgerschaften aus einigen an der Polnischen Grenze belegenen Städte, namentlich aus Johannisburg und Lyck hier an, um Gesuche wegen Besetzung der Grenze durch Preußische Truppen an die Behörden anzubringen, indem die Truppenbewegungen russischerseits in jenen Gegenden immer größer würden und wohl bedrohlich werden könnten. Die Einbeorderung der Landwehr ersten Aufgebots ist demnach bereits erfolgt. (B. Z.)

Königsberg, den 1. April. Eine mobile Kolonne, bestehend aus 3 Bataillonen Infanterie, 3 Schwadronen Kavallerie und 4 Geschützen, unter dem General-Major v. Trütschler, ist gegenwärtig zur Besichtigung und Bewachung der Polnischen Grenze in Thätigkeit. Das Echo vom Memel-Ufer erklärt, daß bisher auch nicht ein einziger Fall von einer Grenzverletzung durch die Russen bekannt geworden sei. Die Zeitung für Preußen hat mit dem 31. März zu erscheinen aufgehört.

Koblenz, den 30. März. Sehr überraschend ist es, daß gestern sämmtliche Truppentheile den Befehl zu sofortiger Entlassung der Kriegsreserven erhielten; es soll, wie man hört, diese Maßregel sich auf das achte Armeecorps erstrecken. Die Reservisten sollen jedoch angewiesen sein, sich einzurichten, daß sie innerhalb 8 Tagen zu den Fahnen zurückkehren könnten. Die Mannschaften ziehen singend und jubelnd ihrem heimatlichen Heerde zu. Man weiß sich diesen unerwarteten Befehl um so weniger zu deuten, als noch fortwährend Truppenabtheilungen, untern andern das siebente Uhlanenregiment von Bonn nach der Gegend von Saarbrücken vorgeschoben werden.

Trier, den 27. März. Das Volk, vom Lande bedeutend verstärkt, forderte gestern Freilassung zweier Artilleristen, welche sich wegen Dienstvergehen im Arrest befanden. In richtiger Auffassung der Verhältnisse wurden nicht blos die beiden Artilleristen, sondern alle wegen leichter Dienstvergehen Verhafteten aus dem Militär-Arreste entlassen. Gegen Abend verlangte die Masse die Freilassung der wegen Holzdiebstahls in Haft Befindlichen. Die Bürgergarde stellte die Ordnung ohne Gewalt wieder her. Wie verlautet, werden aber diese Gefangenen, die als Opfer der Verhältnisse betrachtet werden können, von den Behörden entlassen werden.

Ausland.

Deutschland.

Frankfurt, den 31. März, Abends. Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen der vorbereitenden Versammlung zur Bildung eines Deutschen Parlaments, um 1½ Uhr Nachmittags, forderte Präsident Mittermaier die Anwesenden zu ruhigwürdiger Haltung auf, damit nicht Zwischenfälle eintreten möchten, welche auf das Ganze nur störend einwinken könnten. Vor allem sei es um Abstimmung über den Antrag des Abg. Eisenmann zu thun: „Ob die gegenwärtige Versammlung beschließen wolle, daß nicht sie, sondern die erst noch zu bildende konstituirende Versammlung bindende Beschlüsse zu fassen habe.“ Dieser Antrag wurde erörtert. Robert Blum wies darauf hin, daß wenn in den ersten drei Stunden des politischen Lebens der gegenwärtigen vorberathenden Versammlung bereits Mißverständnisse zu beklagen seien, diese von nun an um so sorgfältiger vermieden werden müßten. Es sei wohl zu bedenken, daß die Augen des gesammten Europas dieser Versammlung zugewendet wären, und daher die Leidenschaftlichkeit ausgeschlossen bleibe, welche Spaltung veranlassen könnte. Die Versammlung habe durch die That zu bekunden, daß sie ernst und ruhig zu verhandeln wisse, mithin das Volk, welches sie vertrete, reif für die wahre Freiheit sei. Vor allem sei das Vertrauen des Volkes außer diesen Berathungsschranken auf den Willen, die Einsicht und Kraft der hier Versammelten in einer Weise zu stärken, daß nicht das Getreibe der Parteien den gesetzmäßigen Gang der Verhandlungen überstürze. Alle Völker würden mit Achtung und Liebe für die Deutsche Nation erfüllt sein, wenn die hier Versammelten als wahrhaft würdige und entschlossene Männer sich erwiesen. — Eisenmann's Antrag wurde einstimmig angenommen, nachdem durch die Abg. Nohl aus Elberfeld, v. Gagern aus Wiesbaden und Vater Winter aus Heidelberg einige Bemerkungen über denselben aufgestellt worden. — Der Abg. Schulz aus Darmstadt wollte die gegenwärtige Versammlung nicht als eine solche betrachten, der es zustehe, die künftigen politischen Formen Deutschlands zu bestimmen, oder auch nur darüber näher sich zu berathen. Seines Ermessens, fügte der Redner hinzu, stehe ein so hohes Recht allein einer aus Urwahlen hervorgegangenen Versammlung zu, welche alsdann zu bestimmen habe: 1) Welche Bundesgebiete fortan in der Bundesverfassung zu vertreten seien; 2) in welchem Verhältniß die Bevölkerungszahl zur Vertretung im Bunde zu stehen habe; 3) welcher Wahlmodus anzunehmen sei; 4) an welchem Orte die eigentliche konstituirende Versammlung statt zufinden habe; 5) in welcher Zeit diese Versammlung zu halten sei; 6) auf welche Weise die Versammlung ihre Berathschlagungen vorzunehmen habe. Solch Verfahren müsse eingehalten werden, damit man möglichst rasch vom Verhandeln zum Handeln komme, und nicht der Gefahr ausgesetzt werde, die Republik im Gefolge der Anarchie zu erhalten. — Der Abg. Wießner aus Wien erklärte, daß er der einzige in der Versammlung anwesende Oesterreicher sei. Um so mehr fühle er das Bedürfniß, den Wunsch auszusprechen, daß unverzüglich die Einladung an Oesterreich gerichtet werde, die bevorstehende konstituirende Versammlung zu beschicken, weil er wohl fühlte, daß ihm weder das Recht noch die Kraft gegeben sei, einer Mission zu entsprechen, welche eine so hohe und wichtige Verantwortlichkeit auferlege. In Oesterreich sei das Bürgerthum und der Bauernstand bisher noch gar nicht vertreten gewesen; denn in den Ständeversammlungen hätten nur Pairs getagt. Dennoch sei der Mittelstand in Oesterreich vollkommen befähigt, auch an den wichtigsten Verhandlungen thatsächlich sich zu betheiligen, und es sei eben so unwahr als ungerecht, wenn man das Gegentheil annehmen wolle. Um so nothwendiger sei es daher, wirkliche Vertreter des Oesterreichischen Bürgerstandes zu den Berathungen der konstituirenden Versammlung schleunigst einzuberufen. Diese mit Feuer und Takt gesprochene Rede wurde mit großem, allgemeinem Beifall aufgenommen. — Der Abg. Mengkorn aus Dithmarschen, in Schleswig-Holstein, trug auf die unverweilte Herbeiziehung des ungetrennten Schleswig-Holsteins zum Deutschen Bunde an. Diesen Antrag unterstützte der Abg. Schleiden aus Schleswig-Holstein, Beauftragte der provisorischen Regierung dieses Landes für den Bundestag und aus eigenem Ermessen auch für die gegenwärtige Versammlung, welcher in solcher Eigenschaft mit dem lebhaftesten und herzlichsten Zurufe begrüßt wurde. — Der Präsident stellte sofort den Antrag: „Ist die Versammlung der Ueberzeugung, daß Schleswig, mit Holstein fest verbunden, in den Deutschen Bund aufzunehmen, und an beide eins bildende Lande die Aufforderung zu richten sei, die konstituirende Deutsche Versammlung durch Abgeordnete zu beschicken?“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nur ein Abgeordneter, dessen Name nicht genannt wurde, wollte gegen die ganz entschiedene Einhelligkeit protestiren, wurde aber im Auftrage des Präsidenten durch Blums kräftigen Zuruf, daß er das Wort nicht habe, vom Redestuhl entfernt. — Wedemeier aus Leipzig verlangte sodann, daß die Preußisch-Deutschen Lande an der Ostsee, welche den König um ihre Vereinigung mit dem Deutschen Bunde gebeten hätten, demselben ebenfalls einzuverleiben seien. Abegg aus Breslau, welcher den gleichen Antrag stellen wollte, verzichtete aufs Wort. Raveaux aus Köln freut sich, daß sich die Versammlung durch die Annahme des auf Schleswig-Holstein bezüglichen Antrags bereits als kompetent für solche Angelegenheiten erklärt habe, und verlangt, daß sie diese ihre Kompetenz nun auch auf Ost- und Westpreußen ausdehne. Er macht auf die hohe Bedeutung des Umstandes aufmerksam, daß die äußersten Provinzen der Preußischen Lande, obgleich am weitesten von einander entfernt, doch in übereinverstandener ruhiger Freisinnigkeit sich die Hände gereicht und somit den Mittelpunkt des Staats veranlaßt hätten, mit ihnen übereinverstanden zu handeln. — Nach einigen berichtigenden Bemerkungen des Abgeordneten und Bundestagsgesandten Welker, wünscht Junghans aus Posen, daß auch die Provinz, in der er wohnt, eingeladen werde, dem Deutschen Bunde sich anzuschließen, und die hiesige konstituirende Versammlung zu beschicken, ein Wunsch, der im allgemeinen wenig Anklang zu finden schien, da es, wenn er genehmigt würde, den Anschein haben konnte, als wolle Deutschland in hemmender oder beschränkender Weise der Entwickelung der neu sich erhebenden Polnischen Volksthümlichkeit entgegen treten. Um so mehr Gleichstimmung fand dagegen, was Dirke aus Westpreußen zur Begründung der Rechte Ost- und Westpreußens sagte, für dessen Aufnahme in den Deutschen Bund. Leisler aus Wiesbaden bemerkte: Um wahrhaft frei zu werden, müsse man vor allem gerecht sein. Es sei also unerläßlich, daß die Selbstständigkeit Polens wieder hergestellt werde. Dadurch werde die Deutsche Bevölkerung in der Provinz Posen zwar in eine schwierige Lage kommen, aber nicht Polen, sondern dessen Widersacher allein trügen davon die Schuld. — Biedermann von Leipzig ermahnt, die Freiheit nicht mit Ungerechtigkeit zu beginnen. Doch nicht Gerechtigkeit allein, auch Klugheit fordere Rücksicht für Polens Bestrebungen. Es könne daher Posen freigestellt werden, sich auch in der Deutschen konstituirenden Versammlung vertreten zu lassen, doch sei es dazu nicht eigens aufzufordern. Auf keinen Fall dürfe man durch irgend einen Beschluß die für Deutschland jetzt so freundliche Stimmung Polens in eine feindliche verwandeln.

Hensel aus Kassel spricht für die Wiederherstellung der Polnischen Selbstständigkeit, will jedoch nicht, daß Böhmen, Mähren und andere zum Theil Slavische Länder im Innern Deutschlands von diesem losgerissen werden. Eben deshalb verlangt Struve, daß die 700,000 Deutsche in den Provinzen Posen und Preußen nicht von Deutschland ausgestoßen werden, aber daß Deutschland jedenfalls wieder gut machen müsse, was es durch seine Betheiligung an der Zerreißung Polens verschuldet habe. Minister von Gagern bemerkt sehr richtig, daß eine Gütertheilung zwischen Deutschland und Polen heute nicht vorzunehmen sei. Die Frage über Posen sei also offen zu lassen, und eine Einladung zur Beschickung der constitutirenden Versammlung Deutschlands nicht zu stellen. Auf die Geschichte sich stützend, beweist Welcker, daß Ost- und Westpreußen, ja selbst Posen nicht zu Polen, sondern zu Deutschland gehören. Man habe diesen Provinzen von hier aus durchaus nichts vorzuschreiben; wollen sie Deutsch sein, so werde man sie aufnehmen, wollen sie Polnisch werden, so dürfe man ihrem Verlangen sich nicht hindernd entgegenstellen, so erfordere es die Gerechtigkeit, das Völkerrecht und die gesunde Politik. — Wernher aus Rheinhessen stellt in gleicher Beziehung moralische Betrachtungen auf. Venedey aus Köln warnt vor Mißverständnissen. Was man für die Herbeiziehung Posens zum Deutschen Bunde sage, habe er zum Ueberdruß von den Franzosen über die Nothwendigkeit der Rheingrenze behaupten gehört. Was man aber von Seite Frankreichs gegen Deutschland nicht bewilligen könne, das dürfe und werde man nicht von Seite Deutschlands gegen Polen in Anwendung bringen. Thue man es dennoch, so werde man die gegenwärtigen freundlichen Gesinnungen Polens für Deutschland in feindliche verwandeln, man werde ein Volk, daß unsere Vorhut gegen Rußlands sein wolle, gezwungener Weise zur Vorhut Rußlands gegen Deutschland machen. — Der Präsident legt nun, eben so gedrängt als klar, Rechenschaft ab, über die verschiedenen gestellten Anträge Gagerns, Wedenmeyers, Biedermanns, Struves, Venedeys und eines zuletzt von Blum motivirten Ausgleichungsantrages; von allen Seiten wurde jedoch wiederholt und dringend verlangt, daß alle andere Anträge einstweilen unberücksichtigt bleiben, und allein über den entschieden werden solle: „Ob Ost- und Westpreußen in den Deutschen Bund aufzunehmen seien?“ Der wirklich in solcher Weise gestellte Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Frage wegen Posen wurde, nach einigen Bemerkungen Venedeys, Struves und einiger anderer, der Gagernschen Motion gemäß, offen gehalten, mithin späterer competenter Entscheidung anheimgegeben. Den Schluß der Sitzung bildete die Berathung darüber, auf je wie viel Seelen ein Vertreter gewählt werden solle. Der Antrag eines Redners lautete dahin, man solle dieses Zahlverhältniß zunächst für die constituirende Nationalversammlung auf 1 für 70,000 Seelen feststellen, und es ihr dann anheimgeben, daß Zahlenverhältniß für die Zukunft so zu belassen oder sich über einen andern Modus zu

einigen. Buhl aus Baden empfiehlt eine möglichst zahlreiche imponirende Vertretung und trägt darauf an, daß statt 1 auf 70,000 auf je 50,000 Seelen ein Vertreter zur constituirenden Nationalversammlung gewählt werde, Reinganum aus Frankfurt und Welcker aus Baden wollen nichts von der alten Bundesmatrikel (die für je 70,000 Seelen einen Vertreter bestimmt) wissen und unterstützen Buhl's Antrag. Ebenso außer andern Rednern Hecker und Jordan. Nur ein Redner, Robert v. Mohl, war gegen das Verhältniß von 1 zu 50,000 und wünschte eine nicht durch Zahl, sondern durch Intelligenz imponirende Versammlung. Buhl's Antrag wurde mit überwiegender Mehrzahl angenommen. Stadtrath Hamel von Hessen-Homburg brachte zur Sprache, wie es in kleinern Staaten, die nicht 50,000 Seelen zählen, gehalten werden solle. v. Closen aus Baiern betragte, diese kleinern Staaten sollten sich zusammenthun und zusammenwählen; dieser Antrag wurde namentlich durch Glaubrech aus Hessen unterstützt; die Mehrheit bei der Abstimmung erhielt aber der Antrag von Wesendonk aus Düsseldorf, daß jeder kleine Staat auch mit einer Bevölkerung unter 50,000 Seelen seine Vertreter zur Nationalversammlung schicken möge. — Nächste Sitzung morgen früh 9 Uhr.

Frankfurt, den 1. April, Nachmittags $1\frac{1}{2}$ Uhr. Die heutige zweite Sitzung der vorberathenden Versammlung zum Deutschen Parlament wurde um halb 10 eröffnet. An der Tagesordnung war der Wahlmodus zu der demnächst zusammentretenden constituirenden Nationalversammlung und sind darüber nach sehr lebhafter Debatte — es wurden an 40 Redner vernommen — folgende Anträge zum Theil stimmeneinhellig, zum Theil mit weit überwiegender Mehrheit angenommen worden: 1) es solle im allgemeinen und mit Vorbehalt der Feststellung von hierher bezüglichen Prinzipien den einzelnen Staaten überlassen bleiben, nach dem von ihnen beliebten oder von den Verhältnissen gebotenen Wahlmodus zu wählen. 2) Die Wahlen sind durch keinen Census, durch keinen Glaubens- oder Konfessionsunterschied, noch durch ständische oder irgend welche andere Vorrechte oder Standesunterschiede bedingt. 3) wurde durch Namenaufruf mit 317 gegen 194 Stimmen beschlossen, direkte Wahlen zur constituirenden Nationalversammlung nicht als bindende Vorschrift zu machen. Dagegen hat die Versammlung die Frage, ob die direkten Wahlen als Prinzip anzuerkennen seien, fast mit Stimmeneinhelligkeit bejahend entschieden. 1) Jeder volljährige Staatsbürger ist wahlberechtigt. 2) Jeder Staatsbürger ist wahlfähig. Die Frage, ob der Deputirte dem Staat angehören müsse, den er auf der constituirenden Nationalversammlung vertreten solle, wurde verneinend entschieden. Es kann also jetzt in jedem Staat jeder Deutsche gewählt werden. Ein zuletzt noch von Hecker gestellter Antrag, daß auch jene Deutschen politischen Flüchtlinge, welche im Ausland verbürgert sind, wahlfähig und wählbar seien, wenn sie an ihr Deutsches Staatsbürgerrecht Ansprüche erheben wollen, wurde als sich von selbst verstehend einstimmig angenommen. Die Anfrage des Präsidenten wo die constituirende Nationalversammlung zusammentreten solle, wurde hiezu durch Akklamation der Versammlung Frankfurt erwählt. Noch ist in dem übrigen Theil der Sitzung die Frage zu erledigen, wenn die Nationalversammlung zusammentreten solle.

Aus Kurhessen, den 30. März. In der gestrigen Vorberathung Deutscher Abgeordneten und Volksmänner im Saale des Weidenbusches zu Frankfurt a. M. erklärte ein Redner, „daß in Norddeutschland die Republik jetzt noch keine Sympathie finde.“ Gern hätte ich da das Wort ergriffen, um zu fragen, ob man in Tyrol für eine Republik sich erhebe, oder ob nicht, vielmehr jeder, wie 1809, für den Kaiser sich erheben werde? Unser Jordan, ein geborner Tyroler, den ich in der Versammlung jedoch nicht wahrnahm, hätte am besten die Frage beantworten können. Was mich anbelangt, so rufe ich nur: „Deutsche Brüder, seid einig, einig, einig. Seid Ihr es nicht, so wird das Vaterland eine Beute der Russen und Franzosen werden.

München, den 30. März. Es bestätigt sich, daß der Bund des Contingent Baierns, bekanntlich 25,600 Mann stark, aufgeboten hat und Prinz Karl zu dessen Commandanten ernannt ist. Unsere hiesigen Truppen sind fortwährend zum Ausmarsch gerüstet, doch noch immer ohne Marschbefehl.

Altona, den 2. April. Unsere Truppen stehen mit den Vorposten bei Apenrade und der Hauptmacht bei Flensburg so, daß es in den nächsten Tagen zum Kampfe kommen muß. Wenn unsere Streitmacht die Grenze früher erreicht hätte, würde es den Dänen nicht möglich gewesen sein, sich in dem Schleswigschen Amte Hadersleben zu verstärken. Es bestätigt sich auch, daß ein Dänisches Kriegsschiff bei Sonderburg einige Offiziere gelandet hat, welche Proklamationen austheilten, wonach sich die ganze Insel Alsen für Dänisch erklärt hat. Auf dem Schlosse des Herzogs von Augustenburg ist von den Bauern die Danebrogfahne aufgesteckt worden. Dänische Truppen befinden sich übrigens nicht auf der ursprünglich Schleswigschen Insel Alsen. Die Dänische Armee, welche sich bei Kolding sammeln will, soll 15,000 Mann stark werden, indeß wird dies seine Schwierigkeiten haben, indem z. B. das erste Bataillon, welches von Friedericia ausmarschiren sollte, kaum zum Thore hinaus war, als es die Melodie des „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ zu spielen begann, so daß die Offiziere augenblicklich mit den Soldaten in die alte Garnison zurückkehrten. Die in Hadersleben einmarschirten Dänischen Truppen sind die bisherigen Besatzungen von Odensee und Nyborg.

Kiel, den 31. März. Ich schreibe Ihnen in Eile. So eben langt die verbürgte Nachricht hier an, daß die Dänen in Schleswig eingerückt sind. Die Garnisonen von Odensee und Nyborg auf Fünen, 2 Bataillone, 1400 Mann, haben Hadersleben besetzt und von dort mehrere Deutschgesinnte als Kriegsgefangene abgeführt.

Dänemark.

Kopenhagen, den 29. März. Se. Majestät der König hat heute folgenden Aufruf an die Holsteiner erlassen:

„Holsteiner! Ihr habt Mich tief betrübt. Jahrhunderte lang ist Aufruhr und Untreue in Meinen Reichen und Landen unbekannt gewesen. Ihr habt die Fahne des Aufruhrs aufgepflanzt! — Holsteiner! Mein Herz hängt an Euch. Ihr werdet nicht das heiligste Erbe Eurer Väter, den Ruf der Holstentreue, vernichten. Euer Herzog kann die Hoffnung nicht aufgeben, daß Ihr zu ihm zurückkehren werdet. Verleitet seid Ihr von treulosen Führern, die nicht an Euer Wohl denken, sondern nur an ihre eigenen ehrgeizigen Pläne. Unter Meinem Namen führen sie Euch ins Verderben, nur indem sie Meine Freiheit leugneten, haben sie Euch bewogen, ihnen zu folgen! — Holsteiner! Lasset Meine Worte Eingang bei Euch finden. Freiheit habe ich Euch geboten, Selbstständigkeit als eigener Staat, kräftiges Mitwirken zur volksthümlichen Entwickelung von Deutschlands Einheit; darüber habe ich Euch Mein Versprechen gegeben. Holsteiner! Dieses Versprechen beantwortet Ihr mit Aufruhr! Kehrt um zu den Segnungen des Friedens und der Freiheit. Verscherzt nicht leichtsinnig Eure Wohlfahrt, gebet sie nicht den Plünderungen rauher Schaaren preis. Bald werde ich an den Grenzen des Königreichs stehen. Lasset eine Botschaft des Friedens und der Unterwerfung an Mich ergehen, und was ich versprochen habe, steht in voller Kraft.

Frederik R.

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 1. April. Die Wiener Zeitung giebt folgende, am 30. März Nachmittags in Wien eingegangene Nachrichten: „Die beunruhigenden Gerüchte über die Ereignisse in Italien und die Uebergabe von Mailand an die Insurgenten, die heute früh im Publikum in Umlauf waren, entbehren bis jetzt jeder amtlichen Bestätigung. Weder der Kaiserliche Hof-Kriegsrath, noch die Kaiserliche Staats-Kanzlei hat direkte Nachrichten von dort. Der Weg aber, den die verbreiteten Gerüchte genommen haben, durch die Italienische Schweiz und über Chur sind mehr als verdächtig und nicht geeignet, mit vollem Glauben hingenommen zu werden. Der Mangel an direkten Nachrichten erklärt sich durch die theilweisen Insurrektionen, die in den Venetianischen Städten und im Friaul in Folge des plötzlichen Aufstandes in Venedig erfolgten, und die Absendung von Courieren nothwendig erschwert und die Post-Verbindungen hemmt. Es sind indeß zur Herstellung der Communikationen energische Maßregeln ergriffen. Briefe aus Mantua vom 25sten melden, daß die Stadt zwar unruhig, die Festung aber vollkommen gesichert und durch ein paar neu eingetroffene Bataillone die Garnison hinlänglich stark sei, um alle Haupt- und Nebenwerke vollständig besetzt zu halten. Die Uebergabe dieses Platzes, die man als erfolgt erzählte, ist daher durchaus unwahr. Die Concordia, ein Piemontesisches Journal, von der stärksten revolutionairen Farbe, von der ein Blatt hier angekommen ist, schreibt vom 21sten aus Mailand, daß an diesem Tage die Insurrektion in großem Nachtheile gewesen. Eben so berichtet ein Schreiben aus Triest vom 29sten v., es seien daselbst Briefe aus Mantua und Verona vom 26sten eingetroffen, welche die aus der Augsb. Allg. Ztg. mitgetheilten Ereignisse wieder in Zweifel ziehen lassen. Der Erzherzog Vice-König hat übrigens nach Berichten vom 27sten Verona verlassen und die Richtung nach Innsbruck eingeschlagen. Palma nova ist von zwei Bataillonen Grenzern wieder eingenommen worden. General Viktor ist von Görz mit etwa 10,000 Mann gegen Udine vorgerückt, von wo aus ihm bereits Parlamentaire entgegengekommen sein sollen.“

Die unter dem Befehle des Majors Geramb stehenden Truppen haben sich durch die insurgirten Gegenden in Friaul den Rückzug erzwungen und mit dem Armee-Corps des General-Majors Viktor de Pontis am Isonzo vereinigt.

Triest den 31. März. Das Engl. Dampfboot „Tartarus“, Capit. Webster, von Konstantinopel in sieben Tagen kommend, hat gestern Abend auf unserer Rhede die Anker geworfen. An Bord derselben befand sich Lord Cowley, früher Gesandter Englands bei der hohen Pforte, jetzt, wie man vernimmt, in derselben Eigenschaft nach der Schweiz bestimmt. Das Dampfboot brachte Briefe aus Konstantinopel vom 21. März, welchen zufolge die Pariser Ereignisse in Odessa einen sehr tiefen Eindruck gemacht haben. Ein wahrer panischer Schrecken bemächtigte sich des ganzen Handelsstandes, und alle Geschäfte wurden sofort eingestellt. Das Französische Dampfschiff, welches am 14. in Konstantinopel ankommen sollte, war am 21. noch nicht erschienen. Dadurch war natürlich auch die Börse in Konstantinopel sehr allarmirt, und Französische Papiere konnten nicht angebracht werden. Uebrigens herrschte in der Stadt die größte Ruhe.

Heute Nachmittags um $4\frac{1}{2}$ Uhr traf hier das der Gesellschaft des Oesterr. Lloyd gehörende Dampfboot „Sofia“ mit einem Theil des Regiments Kinsky von Venedig ein. Briefe sind uns nicht zugekommen; wir erfahren nur aus dem Munde eines Passagiers, daß unter den Mitgliedern der provisorischen Regierung ein Zwiespalt entstanden sein soll und man bei der völligen Stockung alles Verkehrs in Venedig über Nahrungslosigkeit klagt.

Frankreich.

Paris, den 31. März. Die provisorische Regierung hat ein Dekret erlassen, wonach, mit Hinsicht darauf, „daß viele Ausländer an den glorreichen Februar-Ereignissen thätigen Antheil genommen“, der Justiz-Minister einstweilen ermächtigt wird, allen Ausländern, die nachweisen, daß sie wenigstens 5 Jahre in Frankreich ihren Wohnsitz gehabt, so wie, daß sie in jeder Beziehung des Französischen

Bürgerrechts würdig sind, auf ihr Begehren die Naturalisation gegen Entrichtung der gesetzlichen Gebühren zu bewilligen.

Alle an den Tagen des 22., 23. und 24. Februar im Moniteur erschienenen Verordnungen, mittelst deren Ernennungen verliehen worden, sind von der gegenwärtigen Regierung für ungültig erklärt.

Die Regierung hat die sofortige Errichtung eines Lagers von 35 bis 40,000 Mann zwischen Vienne und Grenoble befohlen; als Grund giebt man die Nachrichten aus Italien an.

Zwischen Herrn Lamartine und dem Belgischen Gesandten sollen in Bezug auf die Rücksendung der Belgischen Bürger in ihr Land freundschaftliche Erklärungen stattgefunden haben.

Heute war hier ein Auflauf, um das Journal la Presse zu vernichten; derselbe wurde mit Schwierigkeit gestillt.

Am 29. haben sich von Lyon aus 300 Deutsche Arbeiter in Marsch gesetzt; alle ausländischen Arbeiter werden dort vertrieben.

Die Herzogin von Orleans soll einem ihrer Anhänger geschrieben haben, sie entsage der Regentschaft für immer und er möchte keinen Schritt im Interesse derselben thun.

Paris, den 1. April. (Tel. Dep. d. A. P. Ztg.) Gestern fand hier eine fünfstündige Berathung der Regierung über die militairischen Maßregeln statt. In Metz ist eine Batterie auf den Kriegsfuß gestellt und marschfertig.

Großbritannien und Irland.

London, den 28. März. Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen stattete gestern um 4 Uhr in Begleitung des Preußischen Gesandten dem Prinzen Albrecht einen Besuch im Buckinghampalast ab. Der Prinz fuhr in einem Wagen der Königin und wurde durch Lord Palmerston eingeführt.

Italien.

Mailand, den 26. März. Es scheint, Radetzki habe Lodi und Crema erreicht und ziehe weiter, alles hinter sich verwüstend. Heute erwartet man eine Piemontesische Avantgarde der Armee. Die Oesterreichische Armee muß sich auflösen, wenn sie nicht rasch eine Festung erreicht, denn alles steht gegen sie auf. In der Stadt werden täglich Gefangene gemacht, die sich versteckten; ebenso arretirt man alle Italienischen Spione, deren Verzeichniß man auf der Polizei fand. Sogar Bolza ist gefangen. In Parma ist der Herzog verjagt, Modena in Aufstand. Sollte Oesterreich im Frieden dem Lombardisch-Venetianischen entsagen, so giebt's hier schnellste Ordnung, denn alles strebt darnach. Venedig sei von den Truppen verlassen. Italienisch Tyrol in vollem Aufstand — so endet die schönste Oesterreichische Armee.

Turin. — Heute, den 30. März, kommt uns erst die „Lega" aus Genua vom 24. zu. Aus derselben ergiebt sich auf das deutlichste, daß der König von Sardinien marschiren lassen mußte. Das Volk war wüthend über das Zögern des Kabinets, über das ihm viel zu langsam erscheinende Vorrücken der Truppen. In Genua wollte man zwei eben abmarschirende Bataillone in Kutschen nach der Grenze führen; der Kommandant wollte aber nichts von Kutschen wissen, und setzte sich dadurch dem herbsten Tadel der Bevölkerung aus. In Genua konnte ein Aufstand mit Mühe verhindert werden. Am 24. setzte das Volk durch, daß die Kanonen wenigstens aus dem Zeughause mußten. Man schützte Mangel an Pferden vor, um sie alsogleich weiter zu führen.

Genua, den 26. März. Alles beeilt sich, seinen Theil von den bisher unter Oesterreichischer Suprematie gestandenen Italienischen Ländern zu erhaschen. Ein Dekret des Großherzogs von Toskana verfügt, daß Massa und Carrara von Großherzoglichen Truppen besetzt werden solle. Massa war schon vorher von Toskanischen Freischaaren eingenommen worden.

Neapel, den 18. März. Am 11. erfolgte ein Angriff des Volkes auf das Jesuitenkloster. Nachmittags schifften sie sich, 120 an der Zahl, unter starker militairischer Bedeckung an Bord eines k. Dampfbootes ein, das sie zunächst nach Bajä brachte. Eine kleine, aber laut schreiende Partei führt nun das Regiment und die Regierung wagt keinen Widerstand. Auch die Gendarmerie mußte ihr weichen: sie wird nun in Caserta zusammengezogen und der Armee einverleibt.

Aus Lindau vom 29. März wird uns noch geschrieben: Mailand ist nach mehrtägigem Kampf, in dem an 1000 Bürger gefallen sein sollen, von den Oesterreichern verlassen worden. Da Sardinien seine Truppen in die Lombardei hat einrücken lassen, dürfte die Wiederbesitznahme nicht leicht sein. Man hofft, daß Gütersendung von Mailand am 25. und 27. März wieder vor sich gehen wird, da die Straßen unter dem Schutze der sich allenthalben bildenden Bürgergarden vollkommen sicher sind. Die Finanzwache und die Polizei sind entwaffnet.

Spanien.

Madrid, den 26. März. Heute ist auch hier der Sturm losgebrochen. Nach einem heftigen Zusammenstoß zwischen Volk und Truppen blieben die letzteren Meister der Stadt. Das Ministerium erläßt so eben eine Proklamation an die Einwohner von Madrid.

Ein hiesiges Blatt sagt: „Wir wissen, daß Herr Lamartine erklärt hat, die Ankunft des Ex-Herzogs von Montpensier in Spanien würde von der provisorischen Regierung als ein casus belli betrachtet werden. Diese Nachricht ist begründet." Sie dürfte im Gegentheil wohl sehr zu bezweifeln sein.

Aus Marseille ist die Nachricht eingegangen, daß die in dortigen Fabriken beschäftigten Spanischen Arbeiter durch das Volk genöthigt wurden, ihr Heil in der Flucht zu suchen. Ein ministerielles Blatt beantragt heute, man solle hier Repressalien ausüben und die zahlreichen, hier ansässigen, Französischen Handwerker ausweisen.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 6. April: Die drei Kandidaten; Original-Lustsp. in 3 Akten von Feldmann. — Hierauf: Die weibliche Schildwache; Lustspiel mit Gesang in 1 Akt von W. Friedrich.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der auf den 10ten d. Mts. in der Stadt Posen anberaumte Jahrmarkt aufgehoben worden ist.

Posen, den 4ten April 1848.

Königl. Preuß. Regierung 1.

Bekanntmachung.

Die Einwohner hiesiger Stadt und der städtischen Kämmereidörfer machen wir darauf aufmerksam, daß es durchaus erforderlich ist, die öffentlichen Abgaben pünktlich zu entrichten, weil sonst nicht nur Verlegenheiten für die städtische Verwaltung eintreten, sondern auch die Abgabenpflichtigen sich den Unannehmlichkeiten zwangsweiser Einziehung aussetzen würden. Der Ansicht, daß in gegenwärtiger Zeit keine Abgaben entrichtet werden dürfen, muß auf das Entschiedenste widersprochen werden.

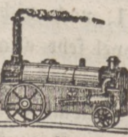
Posen, den 5. April 1848.

Der Magistrat.

Die Königliche **Luisenschule** und die **Töchterschule des Seminars** für Erzieherinnen beginnen den neuen Cursus Montag den 10ten d. M. 9 Uhr Vormittags.

Posen, den 4. April 1848.

Dr. Barth.



Den Herren Actionairen der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft erlaube ich mir die ganz ergebene Anzeige zu machen, daß ich von dem Directorio, unter den bisherigen Modalitäten, zur Empfangnahme der ausgeschriebenen 9ten Rate, welche pro 100 Rthlr. — 9 Rthlr. 6 Sgr., und pro 1000 Rthlr. Zeichnung — 92 Rthlr. beträgt, beauftragt bin, und solche in Posen, St. Martin 62., am 11ten d. M. in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr entgegennehmen werde.

Wronke, den 3. April 1848.

Im Auftrage des Directoriums der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft,

Lamprecht, Special-Kassen-Rendant.

Für Damen die neuesten Bordüren-Strohhüte von 25 Sgr. ab Markt No. 62.

Vermiethung einer Wohnung.

Hohe Gasse No. 4. St. Martin, nahe der Kirche, ist wegen Versetzung eines Beamten eine Parterre-Wohnung, bestehend aus zwei Stuben nebst Küche und Kammer, so wie sonstigem Beigelaß, zu vermiethen und sogleich zu beziehen.

Schneider, Schlossermeister.

Im Monate December v. J. ist auf der Tour von Ryczywol nach Posen von der Woldenberg-Posener Personenpost auf bis jetzt nicht ermittelte Weise ein Paket H. de P. à Warschau, 6 Loth schwer, verloren gegangen, welches eingelöste und getilgte Polnische Staatspapiere im Belaufe von 1261 Silberrubeln enthalten hat, die zwar für den Inhaber werthlos, zum Beweis der geschehenen Einlösung aber für den Absender sowohl als für die Bank von Polen nothwendig sind, weshalb Demjenigen, welcher die Wiedererlangung dieser Papiere herbeiführt, eine Belohnung von 5 Rthlr. zugesichert wird. Rogasen, den 2. April 1848.

Das Postamt. (gez.) Sametzky.

Der Herr Bürgermeister Guderian hat das Gerücht verbreitet, die Juden hätten durch Verabreichen von Branntwein das Preußische Militair gegen die Polnischen Mitbrüder aufzureizen gesucht. Derselbe wird hiermit dringend aufgefordert, seine Quellen anzugeben, oder öffentlich zu widerrufen.

Viele Einwohner jüdischen Glaubens.

Getreide-Marktpreise von Posen,

den 5. April 1848. (Der Scheffel Preuß.)	Preis von Rtl.	Sgr.	Pf.	bis Rtl.	Sgr.	Pf.
Weizen d. Schfl. zu 16 Mtz.	1	1	1	1	10	—
Roggen dito	—	22	3	—	26	8
Gerste	—	22	6	—	26	8
Hafer	—	15	7	—	17	9
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Erbsen	—	24	5	—	24	5
Kartoffeln	—	14	5	—	17	9
Heu, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	27	6	1	—	—
Stroh, Schock zu 1200 Pf.	4	20	—	5	10	6
Butter das Faß zu 8 Pfd.	2	7	6	2	17	—

(Extrablatt.)

Extra-Blatt

zu

№ 82. der Zeitung für das Großherzogthum Posen vom 6. April 1848.

Berlin, den 5. April.

In der heutigen Sitzung des Vereinigten Landtags ist nachfolgendes Allerhöchstes Propositions-Dekret der Versammlung übergeben worden:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. entbieten Unseren zum zweiten Vereinigten Landtage versammelten getreuen Ständen Unseren Königlichen Gruß.

Die deutsche Bundes-Versammlung hat in ihrer Sitzung von 30. v. M. den Beschluß gefaßt, die Bundes-Regierungen aufzufordern, in ihrem sämmtlichen, dem deutschen Staaten-System angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege Wahlen von National-Vertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundesversammlung in einem möglichst kurzem Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. — Zugleich hat die deutsche Bundes-Versammlung sich über einen provisorischen Vertretungs-Maßstab geeinigt, nach welchem Preußen zu der deutschen National-Vertretung für Unsere, dem deutschen Bunde jetzt angehörigen Provinzen 113 Vertreter abzusenden hat. — Da es unumgänglich nöthig ist, daß die nach obigem Beschlusse in kürzester Frist zu erwartende Versammlung der deutschen National-Vertreter nicht ohne die Theilnahme preußischer Repräsentanten zusammentrete und außerdem bereits mit mehreren deutschen Staaten die Verabredung getroffen ist, daß die zur deutschen National-Vertretung abzuordnenden Repräsentanten durch die bestehenden Stande-Kammern gewählt werden sollen, so fordern Wir Unsere zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Abgeordneten der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden aus Unseren zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen hierdurch auf, die für letztere zu der Versammlung der deutschen National-Repräsentation abzuordnenden 113 Vertreter unverzüglich zu wählen. Von dieser Vertreterzahl fallen nach dem Bevölkerungs-Verhältnisse der verschiedenen Provinzen, auf

Brandenburg	19
Pommern	11
Schlesien	28
Sachsen	16
Westfalen	14
Rhein-Provinz	25 Vertreter.

Für den Fall, daß die Provinzen Preußen und Posen in Folge Unseres Patents vom 18ten v. Mts den Wunsch aussprechen sollten, dem Deutschen Bunde einverleibt zu werden, richten Wir zugleich an Unsere zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Abgeordneten der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden aus diesen beiden Provinzen die Aufforderung, eine angemessene Anzahl von Abgeordneten, welche für die Provinz Preußen 23 und für die Provinz Posen 12 betragen würde, für die Deutfche National-Vertretung zu wählen. Diese Wahlen sind, von den einzelnen Provinzen abgesondert, vermittelst absoluter Stimmenmehrheit zu vollziehen und nur auf Bewohner der betreffenden Provinz zu richten. Im Uebrigen wollen wir Unseren getreuen Ständen dabei keinerlei Beschränknngen auferlegen und auch das Wahlverfahren selbst ihrem eigenen Interesse überlassen.

Sollte die auf Grund des neuen Wahlgesetzes zu bildende Versammlung der Vertreter Unseres Volkes, wie jedoch kaum zu erwarten ist, früher als die Versammlung der Deutschen National-Repräsentanten zusammentreten, so behalten Wir Uns vor, mit derselben über eine den veränderten Verhältnissen angemessene Vertretung Unseres Volkes bei der Deutschen National-Repräsentation eine Vereinbarung zu treffen. — Wenn übrigens bei Konstituirung der neuen Deutschen Bundes-Verfassung die Bildung eines theilweise aus Mitgliedern der ersten Deutschen Stände-Kammern bestehenden Oberhauses vereinbart werden möchte, so werden Wir zur Vollziehung dieser Wahl, sofern nicht bis dahin eine andere erste Preußische Kammer gebildet sein sollte, Unsere Herren-Kurie besonders zusammenberufen.

Gegeben Potsdam, den 3. April 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. von Reyher.

Köln den 3. April. (Tel. Dep.) Am 7. wollen Anführer der Deutschen Demokratie in Straßburg sein, diese selbst rücken am 4. und 5. von Paris aus. Jedes Französische Infanterie-Regiment wird um 3 Kompagnien und jedes Kavallerie-Regiment um 1 Eskadron verstärkt. Das Haupt-Quartier der drei Lager zu Lyon, Dijou und Grenoble wird in Lyon sein. Freiwillige werden auf 2 Jahre angenommen.

Holstein. Alt. u. Hamb. Bl.) Rendsburg den 31. März. Die provisorische Regierung hat nachstehende Bekanntmachung in Betreff der Frei-Corps erlassen: „1) Die Frei-Corps werden von dem General-Kommando aus den angemeldeten Freiwilligen organisirt und konstituirt. 2) Sie bilden einen Theil des Schleswig-Holsteinischen Heeres und theilen die Rechte und Ehren desselben. 3) Sie stehen unter militairischem Gesetz 4) Sie werden vom Staate bewaffnet und besoldet. 5) Sie sind den Befehlen der Militair-Behörden unterworfen und schulden denselben, so wie ihren Vorgesetzten, militairischen Gehorsam. 6) Sie dienen bis zur Beendigung des Krieges gegen Dänemarks. 7) Die Offiziere und Unteroffiziere werden vom Staate, Letztere auf Vorschlag ernannt. 8) Alle Frei-Corps, mit Ausnahme der Kieler Studenten und der Kieler Turner, stehen unter Oberleitung eines gemeinschaftlichen Chefs, des Advokaten Oberst-Lieutenants von Koch."

Gestern Nachmittag ist die Vorhut unserer Armee, gebildet durch das 5. Jäger-Corps, welchem bekanntlich die Studenten und Kieler Turner zugetheilt sind, in Appenrade unter ungeheurem Jubel aller Einwohner eingerückt. Bevor das Corps, unter den Befehlen des Major Michelsen, die Stadt erreichte, hatte es von einer Dänischen Kriegsbrigg, die eine Stunde früher im Hafen angekommen war, ein heftiges Feuer auszuhalten. Die Brigg bestrich den Strandweg, welcher von Süden in die Stadt führt, mit unausgesetzten Kartätschenschüssen; indessen wußte Major Michelsen seine Leute solche Deckung nehmen zu lassen, daß er ohne Aufenthalt und ohne den geringsten Verlust die Stadt erreichte.

Kiel den 31. März. Der hier heute Morgen eingegangene Bericht eines bei der Vorhut befindlichen höheren schleswig-holsteinischen Offiziers meldet, daß die in Hadersleben eingerückte dänische Macht stärkes sei, als die schleswig-holsteinische. In der schleswig-holsteinschen Armee sind jetzt zehn schleswig-holsteinische Prinzen, wovon vier in auswärtigen Diensten stehen und nun zum jetzigen Kampfe hergeeilt sind. Ein hierher gekommenes Gerücht, als ob die Dänen bei Howacht (Lütjenburg) gelandet seien, findet keinen Glauben. Der polnische Oberst, Baron von Leski, welcher in der Nähe Hamburgs auf dem Lande lebte, hat sich dem kommandirenden General der schleswig-holsteinischen Armee zur Disposition gestellt und wird, sicherem Vernehmen nach, verwandt werden. Dieser ausgezeichnete Kavallerie-Offizier hat sich im Polnischrn Freiheitskriege mit Ruhm bedeckt Er war theils Adjutant bei dem Ober-General Skrzynezki, theils kommandirte er das zweite Krakusen-Regiment.

Innsbruck den 29. März. Das Schicksal der österreichisch-italienischen Provinzen scheint entschieden zu sein; Feldmarschall Radetzky ist auf dem Rückzug aus Mailand nach Verona, unter dessen Mauern sich das zweite Armee-Corps unter Feldmarschall-Lieutenant d'Aspre sammelt. Beide Armee-Corps zusammen zählen, nach dem Abfall der Italienischen Truppen und den erlittenen Verlusten, noch etwa 60,000 Mann.

Pavia den 22. März. Der Oberst Benedeck hat von dem Marschall Radetzky Befehl erhalten, die Stadt zu verlassen und sich sofort nach Mantua zu begeben. Die Bürger haben gleich nach Abzug der Truppen die Stadt besetzt.

Nach der Eidgen. Ztg. vom 31. März zogen am 25. in Mailand 5000 Mann Piemontesen mit Kavallerie und Artillerie ein und wollten nach einer Rast von wenigen Stunden wieder wegziehen, um die Oesterreichischen Truppen zu verfolgen. Radetzky war angeblich in Como und ein Theil seines Heeres, das in voller Auflösung sein soll, in Lodi. Unter den Geißeln, die Radetzky in seiner Gewalt hat, soll sich auch ein Sohn des berühmten Dichters Manzoni befinden. Es heißt, die Zahl der in Mailand auf Seiten des Volks Gefallenen sei verhältnißmäßig gering.

London den 30. März. Ihre Majestät die Königin ist nach ihrem Wochenbette so weit wieder hergestellt, daß sie vorgestern den Prinzen von Preußen empfangen konnte, als derselbe bei dem Prinzen Albrecht im Buckingham-Palast dinirte. Bei dem gestrigen diplomatischen Lever, welches der Prinz von Preußen im Preußischen Gesandschafts-Hotel hielt, waren fast alle fremden Gesandten erschienen; nur die Französische Republik war nicht vertreten.

Brüssel den 1. April. Vorgestern Abend fanden in Gent Zusammenrottungen statt unter dem Rufe: „Es lebe die Republik!" Dieselben zerstreuten sich aber beim Erscheinen der Gensdarmerie und der Polizei.

General Skrzynecki will nächstens von hier abreisen.

Florenz den 24. März. In Folge der bekannten Ereignisse im Modenesischen hat die hiesige Regierung beschlossen und es für angemessen erachtet, die Herzogthümer Massa und Carrara zur Aufrechthaltung der Ordnung provisorisch durch Toscanische Truppen besetzen zu lassen, was wahrscheinlich in diesem Augenblicke bereits vollzogen sein wird. Von Bologna wird gemeldet, daß auch päpstliche Truppen in das Modenesische Gebiet eingerückt sind. In Massa und Carrara hatte die Bevölkerung die Unabhängigkeit proklamirt, die dreifarbige Fahne aufgesteckt und den Papst, Leopold II. und Karl Albert hoch leben lassen. Der Gouverneur übergab die Regierung dem Magistrat, die Bürger bildeten sich schnell zu einer Nationalgarde und versehen den nöthigen Wachtdienst.